

KURZ UND BÜNDIG

Mob greift Christen an



Islamabad (epd). Nach Blasphemiegerüchten hat ein wütender Mob in Pakistan ein christliches Viertel in der Stadt Lahore gestürmt. Rund 3000 aufgebrachte Muslime drangen in die christliche Siedlung „Joseph Colony“ ein, um einen Mann zu suchen, der über Mohammed schlecht geredet haben soll. Die Menge randalierte, verprügelte die Anwohner und steckte Häuser in Brand. Anschließend gingen Christen in mehreren pakistanischen Städten auf die Straße (Foto), um gegen den gewaltsamen Übergriff zu protestieren.

Studie zu Ettal vorgestellt

München (kna). Eine wissenschaftliche Studie zu Missbrauch und Misshandlung von Kindern in Kloster Ettal bescheinigt den Tätern bis heute mangelnde Einsicht. „Eine wirkliche Reue der Täter steht aus“, heißt es in der rund 160 Seiten starken Untersuchung, die nach zweijähriger Arbeit in München veröffentlicht wurde. Die Studie war im Einvernehmen zwischen Abtei und Opfernverein in Auftrag gegeben worden. Forscher haben 41 ehemalige Internatsschüler, Angehörige und Ordensmänner befragt. Das Kloster stellte umfassend Unterlagen zur Verfügung.

Weniger Abtreibungen

Wiesbaden (epd). Die Zahl der Abtreibungen in Deutschland geht weiter zurück. Im vergangenen Jahr wurden rund 106 800 Schwangerschaftsabbrüche gemeldet, teilte das Statistische Bundesamt in Wiesbaden mit. Das waren 1,9 Prozent weniger als 2011.

Erzbischof Schick bei Papst Tawadros II.

Der Bamberger Erzbischof Ludwig Schick ist als zweiter katholischer Bischof mit dem Oberhaupt der koptisch-orthodoxen Kirche, Papst Tawadros II., in Kairo zusammengetroffen. Tawadros war im November 2012 in sein Amt eingeführt worden und will die ökumenische Zusammenarbeit stärken, um das Christentum in einem seiner frühesten Verbreitungsgebiete zu stärken.



Ex-Richter kritisiert Verfassungsgericht

Köln (kna). Der frühere Präsident des Verfassungsgerichtshofes für Nordrhein-Westfalen, Michael Bertrams, wirft dem Bundesverfassungsgericht vor, mit seinen Urteilen zu gleichgeschlechtlichen Partnerschaften eine „Erosion tradierter Werte“ einzuleiten. Im Falle der Homo-Ehe hätten sich die Karlsruher Richter von den Vorstellungen der Mütter und Väter des Grundgesetzes so weit entfernt, dass man nur schwer von einer vertretbaren Verfassungsinterpretation sprechen könne.

Angst vor armen Einwanderern

Interview mit Migrationsforscher Bade über Armutflüchtlinge aus Rumänien und Bulgarien

Einige Städte klagen über den Zuzug sogenannter Armutseinwanderer, vor allem Roma, die Soziallebens belasten. Die Politik scheint überfordert. Bund, Kommunen und EU schieben sich gegenseitig die Schuld zu. Dazu eine Einschätzung des renommierten Migrationsforschers Klaus J. Bade.

Was können wir tun? Asyl-schnellverfahren, Grenzen zu machen, wie es Innenminister Friedrich angedroht hat?

Viele Äußerungen der Politik sind Panikmache. Sie schüren in der Bevölkerung fahrlässig eine Abwehrhaltung. Rumänien und Bulgarien gehören zur EU. Zuwanderung von dort kann man nicht verbieten. Natürlich müssen sich die Städte um die Missstände kümmern. Auf dem sogenannten Arbeiterstrich in Duisburg könnte man Polizeibeamte und Mitarbeiter der Arbeitsagentur vorbeischieben. Wo überbelegte Matratzenplätze angeboten werden und 15 Menschen in einer Zweizimmerwohnung leben, muss das Ordnungsamt einschreiten. Sozialmissbrauch muss bekämpft werden.

Der Deutsche Städtetag spricht von 150 000 Roma-Zuwanderern in nur einem Jahr

Grottenfalsch. In Wirklichkeit waren es 58 000. Hier wurde schlicht vergessen, die Abwanderer mitzuzählen. Außerdem sind viele Roma Saisonarbeiter. Andere hochgebildet, bestens integriert. Natürlich ist es volkswirtschaftlich eine Verlustrechnung, wenn jetzt vor allem jene kommen, die nur mit Hilfe des Sozialstaats überleben können. Die Antwort kann dennoch nur lauten: Integration durch Qualifikation und Bildung. Besonders für die Kinder. Aber das kostet Geld, das die Städte nicht haben.

Dem halten viele, auch kirchliche Verbände, entgegen, die Roma seien ein Wandervolk ...



Wohnen, wo sonst keiner hinwill, Roma vor einem Hochhaus in Kosice/Slowakei

Foto: dpa

Das sind Wortmeldungen, die bei mir Grauen erregen. Hier wird das rassistische Feindbild des Zigeuners neu gestrickt, der das „Wandern im Blut“ hat. Die Roma waren früher durch Vertreibung und Ausgrenzung zu starker Mobilität gezwungen. Tatsächlich sind die meisten seit langem sesshaft. Allerdings oft in ungeheuer elenden Verhältnissen. In ihren Herkunftsländern werden sie diskriminiert, verfolgt, von Immobili-

liengangstern ausgebeutet. Deswegen erleben wir ja diesen unmenschlichen Transport von Sozialproblemen quer durch die EU.

Also ist die EU gefordert?

Beides. Wir brauchen Integrationsprogramme in den Zielländern. Und zugleich eine Begrenzung der wanderungstreibenden Ursachen in den Ausgangsräumen. Maßnahmen zur Verbesserung der Wohnqualität in den Roma-Siedlungen. Bildungs- und Sozialarbeit. Eigentlich hat die EU bereits massiv gegengesteuert. Aber wirkungslos. Mit den Konzepten kann man schon die Wände der Parlamente tapezieren. Oft werden damit Bürokratien aufgebaut, die nur sich selbst ernähren. Andere Mittel wurden gar nicht abgerufen oder verschwanden in den Taschen von Politikern. Es war ein kluger Gedanke von Brüssel, Integrationskommissare auszusenden. Es fehlen aber auch Kommissare zur Investitionskontrolle.

Das Kind ist also schon in den Brunnen gefallen...

Exakt. Die Entscheidung von 2007 war politisch falsch. Rumä-

nien und Bulgarien hätten nicht in die EU aufgenommen werden dürfen. Man hätte ihnen noch diverse Jahre Zeit geben müssen, um ihr Wirtschafts- und Sozialsystem europareif zu reformieren.

Und nun?

Wir müssen mit den Leuten, die jetzt hier sind, umgehen lernen. Das kostet viel Geld. Und gute Ideen. Genau hier hat sich die Bundesregierung versündigt. Sie hat noch Ende 2011, trotz eindringlicher Warnungen der Wissenschaft, nach Brüssel gefunkt: Wir brauchen keine neue Roma-Konzeption für Deutschland. Die Roma sollten sich halt in den laufenden Integrationskursen anmelden. Das war schon fast verwerfen abwegig. Wenn die Politik nun plötzlich Notrufsignale aussendet, befeuert sie damit ein brandgefährliches Szenario und beschert Rechtsradikalen Zulauf. Die Situation in einigen Städten könnte sich schon in wenigen Wochen dramatisch zuspitzen. Die NPD und Pro-Parteien werden angreifen. Der Rechtsradikalismus ist heute bestens organisiert. Und die Roma können sich wehren. Das kann furchterregend enden. Interview: Andreas Kaiser

ZUR PERSON

Klaus J. Bade



Professor Klaus J. Bade ist Migrationsforscher, Publizist und Politikberater; bis 2007 lehrte er Neueste

Geschichte an der Universität Osnabrück, heute lebt er in Berlin. Er war u.a. Begründer des Instituts für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien (IMIS) und Vorstandsmitglied des Sachverständigenrates der Bundesregierung für Migration und Integration (Zuwanderungsrat).

Keinen Tag so richtig satt

Wie Bauern im Niger meist mit Nahrungsmangel kämpfen – und manchmal zu viel ernten

An diesem Sonntag ist Misereor-Sonntag. Das Motto lautet: „Wir haben den Hunger satt!“. Wechseln sich hierzulande die Lebens- und Futtermittelskandale ab, herrscht andernorts Hunger. Doch die Menschen erringen kleine Erfolge.

Ibrahim Abdou drückt jedem Kind eine Stielhacke in die Hand. Dann bücken sie sich und hauen das Eisen in den Sand. Allein würde der nigrische Bauer zehn Tage brauchen, um sein Feld aufzulockern. Doch sein Sohn (9) und zwei Neffen sind dabei, lockern den Boden um die Pflänzchen, damit der Regen bis an die Wurzeln der Hirse gelangt. Vorausgesetzt, der Regen kommt!

Im westafrikanischen Land Niger spielt das Klima verrückt: Mal bleibt der Regen trotz Regenzeit aus und das Saatgut verdorrt. Mal schüttet es wie aus Kübeln, so dass alles fortgerissen wird und das Feld versinkt. Heuschreckenschwärme, Raupenplagen, mehr Geburten und Flüchtlinge, Versteppung des Bodens und Preisspekulationen bei Hirse und Zwiebeln stürzen die Menschen trotz aller Anstrengungen immer wieder in große Not.



Feldarbeit in Westafrika: Ibrahim Abdou, sein Sohn und Neffen lockern den Boden auf – falls der Regen kommt. Foto: Hartmut Schwarzbach/Misereor

In dieser prekären Lage versucht „Caritas Développement Niger“ (Cadev), Partner von Misereor in Deutschland, den Balanceakt: „Wir wollen den Menschen in der Not beistehen, ohne ihre eigene Entwicklung zu gefährden“, sagt Abdoul Moumouni Illo, Leiter des Cadev-Büros.

Die Bauern brauchen Hilfe, um sich selbst zu helfen

Das gelang zum Beispiel in dem Dorf Bazaga, unweit der Grenze zu Nigeria. Die Hilfe begann 2006 mit einem Nothilfeprogramm. So baute Cadev zu-

sammen mit der Bevölkerung einen Getreidespeicher auf und füllte ihn mit zehn Tonnen Hirse. Die Menschen konnten das Korn zum halben Preis kaufen. Ein Agrarshop wurde eingerichtet, den die Bauern bis heute selbst auffüllen und betreuen.

Dort können sie Saatgut, Pflanzenschutzmittel oder Dünger zu vergünstigten Preisen bekommen. Außerdem lernten die Bauern von Bazaga, wie sie auch in der Trockenzeit Gemüse anbauen können, das sie selbst verzehren und auf dem Markt verkaufen können. Doch für Bewässerungsfeldbau braucht es Brunnen.

So baute Cadev 18 zementierte Brunnen und verkaufte an bedürftige Familien Motorpumpen, zu einem Bruchteil des Preises: „Statt 50 Sack Zwiebeln habe ich 100 geerntet“, sagt ein Mann. Er konnte Rücklagen bilden, neu investieren. Manche Familien haben sich Ziegen gekauft. Andere schicken ihre Kinder nun zur Schule.

Händler kaufen billig und verkaufen teuer – in der Not

„Es ging uns wieder besser“, sagt Ibrahim Abdou. Bis zum nächsten Rückschlag: Die Hirseernte fiel mager aus. Da bauten viele in der Trockenzeit Zwiebeln an. Die Ernte war gut, aber die Preise waren im Keller. Alle hatten auf Zwiebeln gesetzt. Eine solche Not spielt Spekulanten in die Hände: Sie kaufen Zwiebeln zu Spottpreisen und bringen sie später zu Wucherpreisen wieder auf den Markt. Auch Hirse kaufen sie billig auf, lagern sie, und bringen sie später zurück, wenn die Not groß ist und die Preise hoch sind. Ein Teufelskreis. Knacken könnten ihn die Bauern, wenn sie sich zusammenschließen, eine kleine Marktmacht bilden. Die Kooperative der Bauern von Bazaga ist ein erster Schritt.



Brief aus São Paulo

Besetzte Favelas

Liebe Leserin, lieber Leser, Rio de Janeiro macht weiter mit seinem Programm der Befriedung großer Favelaslums. Ende Februar besetzten gut 2000 Soldaten und Polizisten den zwischen altem Hafenviertel und Stadtzentrum gelegenen Cajú-Komplex. Hier sollen zwei weitere Befriedungseinheiten der Polizei, kurz UPP genannt, errichtet werden.

Seit 2008 hat die Polizei bereits die wichtigsten Favelas der schicken Südzone und der an das Zentrum angrenzenden Nordzone besetzt. Das kurzfristige Ziel ist es dabei, den seit den 1980er Jahren regierenden Drogenbanden die Herrschaft über die Gebiete zu entreißen.

Langfristig sollen die Viertel ins normale Stadtgebiet eingegliedert wer-

den, Schulen und Krankenhäuser sollen entstehen sowie den Bürgern städtische Dienstleistungen zugutekommen.

Allerdings treiben die nun erstmals erhobenen Steuern und Gebühren die Lebenshaltungskosten in die Höhe, während Immobilienspekulationen die Mieten explodieren lassen. Viele glauben, es gehe der Regierung nur um Imagepflege für die Fußball-WM 2014 und Olympia 2016.

Danach, so glauben sie, würden die kostenintensiven Polizeikräfte wieder abgezogen. Und dann drohen die Drogenbanden zurückzukommen. Noch herrscht also Misstrauen am Zuckerhut.

Thomas Milz

Thomas Milz ist freier Journalist in São Paulo.